08.05.2017
Drucksache 074/17

Tätigkeitsbericht 2015 - 2016
 der WTG-Behörde des Kreises Unna (Heimaufsicht)

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung	29.05.2017	Kenntnisnahme	öffentlich
Organisationseinheit	Arbeit und Soziales		
Berichterstattung	Dezernent Torsten Göpfert		
Budget	50	Arbeit und Soziales	
Produktgruppe	50.01	Grundsatzangelegenheiten und Soziale Sicherung	
Produkt	50.01.08	Heimaufsicht	
Haushaltsjahr		Ertrag/Einzahlung [€]	
		Aufwand/Auszahlung [€]	

Sachbericht

Gemäß § 14 Abs. 11 Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) sind die zuständigen Behörden verpflichtet, alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht über ihre Arbeit zu erstellen. Dieser ist zu veröffentlichen und den kommunalen Vertretungsgremien sowie den Aufsichtsbehörden zur Verfügung zu stellen.

Der erste Tätigkeitsbericht nach diesem Gesetz für den Berichtszeitraum 2013 – 2014 wurde dem Ausschuss in seiner Sitzung am 25.08.2015 zur Kenntnis gegeben.

Der neue Tätigkeitsbericht für den Berichtszeitraum 2015 – 2016 ist in der Anlage beigefügt. Aufgrund der durchgeführten Regel- und Anlassprüfungen ist als grundsätzliches Fazit für die vergangenen zwei Jahre festzuhalten, dass die Pflege- und Betreuungsqualität in den Betreuungseinrichtungen im Kreisgebiet unverändert gut ist. Mängel sind jedoch – wie aber auch schon in den Vorjahren – in der personellen Ausstattung wahrnehmbar. Einrichtungen mit hoher Krankenquote und Fluktuation haben immer mehr Schwierigkeiten, eine ausreichende Personaldecke sicherzustellen. Auch der Fachkräftemangel in der Pflege dürfte hierzu seinen Beitrag leisten. Geringfügige Mängel waren zudem bei der sachgerechten Versorgung, Aufbewahrung und Dokumentation von Medikamenten feststellbar. Die pflegerische Versorgung war nur in Einzelfällen betroffen, wobei sich schwerpunktmäßig Mängel in der Pflegedokumentation zeigten.

Der Tätigkeitsbericht gibt die „Zahlen, Daten, Fakten“ im Berichtszeitraum wieder. Die gesetzliche Zielvorgabe, in allen Betreuungseinrichtungen im Berichtszeitraum eine Regelprüfung durchzuführen, ist leider deutlich verfehlt worden. Aufgrund von gesetzlichen Neuerungen mit Inkrafttreten des WTG zum 16.10.2014 und damit verbundenen neuen bzw. erweiterten Aufgaben sowie nicht zuletzt und gerade aufgrund von krankheitsbedingten Personalengpässen war es im Berichtszeitraum nicht möglich, dieses Ziel zu erreichen. Auf diesen Umstand ist schon in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gleichstellung am 31.08.2016 hingewiesen worden.

Durch verschiedene personalwirtschaftliche Maßnahmen (siehe Ziffer 2.1 des Tätigkeitsberichtes) wurde dieser Entwicklung im Jahresverlauf 2016 bereits entgegengewirkt. Im Stellenplan 2017 wurden schließlich für das zusätzliche Personal eine Vollzeitstelle für eine Verwaltungskraft sowie eine halbe Stelle für eine Pflegefachkraft im Bereich der Heimaufsicht zusätzlich eingerichtet. Zum Stichtag 30.04.2017 sind tatsächlich 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 7,25 Stellen, davon 5,75 Verwaltungskräfte und 1,5 Pflegefachkräfte, in der WTG-Behörde (Heimaufsicht) tätig. Eine 1,0 Verwaltungsstelle davon ist zur Einarbeitung doppelt besetzt; ein langjähriger Mitarbeiter wird zum Jahresende 2017 altersbedingt ausscheiden.

Durch die getroffenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen konnte die WTG-Behörde im 4. Quartal 2016 damit beginnen, die Rückstände aufzuarbeiten. Mit Rücksicht auf die Einarbeitungszeit des neuen Personals in die rechtlich komplexe Materie wird jedoch noch einige Zeit vergehen, bevor die vollumfängliche Aufgabenerfüllung wieder dauerhaft sichergestellt ist. Dennoch zeichnet sich im 1. Quartal 2017 bereits eine sehr positive Entwicklung ab:

Einrichtungsart	Anzahl der Regelprüfungen	Anzahl der Einrichtungen gesamt	Prüfquote	Für die Quote zugrunde gelegter Prüfrhythmus
Pflegeheime nach dem SGB XI	10	50	40,0%	2-jähriger
Tagespflege	3	19	31,6%	2-jähriger
Stationäre Einrichtungen der Eingliederungshilfe	2	15	26,6 %	2-jähriger
Wohngemeinschaften	5	35	14,3 %	1-jähriger

Die Verwaltung verfolgt mit Nachdruck das Ziel, am Ende des neuen Berichtszeitraumes 2017/2018 eine Regelprüfquote von 100 Prozent zu erreichen. Eine unterjährige Evaluierung soll sicherstellen, unerwünschte Abweichungen schnell zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können. In diesem Zusammenhang muss sich noch zeigen, ob die Personalausstattung mittel- bis langfristig ausreichen wird.

Über die Zielverfehlung sind prophylaktisch auch die Aufsichtsbehörden informiert worden. Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA) hat inzwischen die getroffenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen ausdrücklich begrüßt und angeboten, die Situation und die sich aus der Aufgabenwahrnehmung nach dem Wohn- und Teilhabegesetz erwachsenden Anforderungen an die Kreise und kreisfreien Städte in einem persönlichen Gespräch zusammen mit der Bezirksregierung Arnsberg zu erörtern. Dies entspricht der Linie des Ministeriums, *„den fachlichen Austausch der WTG-Behörden auf Ebene der Bezirksregierungen wieder mehr zu fördern und zu unterstützen, um den praktischen Umgang mit den Anforderungen nach dem WTG zu erleichtern und mitunter auch zu vereinheitlichen.“*

Das persönliche Gespräch Termin mit Vertreterinnen und Vertretern des MGEPA sowie der Bezirksregierung Arnsberg findet in Kürze statt. Die Verwaltung wird in der nächsten Ausschusssitzung über die Gesprächsergebnisse informieren.

Anlagen

Tätigkeitsbericht 2015 – 2016